

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
Teil 1: Einführung einer zusätzlichen öffentlich-rechtlichen Organisationsform in Nordrhein-Westfalen	7
A. Gesetzesgeschichte	7
B. Entscheidungsgründe des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers	11
C. Verbreitung	13
Teil 2: Die rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach nordrhein-westfälischem Kommunalrecht	15
A. Gründung	15
B. Gegenstand des Kommunalunternehmens	32
C. Träger / Beteiligte einer Anstalt öffentlichen Rechts	50
D. Verbundmodelle	90
E. Innere Ordnung des Kommunalunternehmens	111
F. Rechtsbeziehungen zur Trägerkommune	186
G. Wirtschaftsführung	227
H. Steuerliche Rahmenbedingungen	232
I. Vergaberecht	239
J. Aufsicht	289
K. Auflösung des Kommunalunternehmens	290
Teil 3: Zusammenfassung der Ergebnisse	291
Teil 4: Bewertung der neuen Organisationsform und Ausblick	304
A. Bewertung	304
B. Ausblick	316
Literaturverzeichnis	318

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Herausgebers	V
Vorwort der Verfasserin	VI
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
Teil 1: Einführung einer zusätzlichen öffentlich-rechtlichen Organisationsform in Nordrhein-Westfalen	7
A. Gesetzesgeschichte	7
B. Entscheidungsgründe des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers	11
C. Verbreitung	13
Teil 2: Die rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach nordrhein-westfälischem Kommunalrecht	15
A. Gründung	15
1. Gründungsalternativen	15
1.1 Umwandlung	15
1.2 Errichtung	16
1.3 Alternative Gründungsverfahren	17
1.4 Überführung von Teilen eines Regie- / eines Eigenbetriebes / einer eigenbetriebsähnlicher Einrichtung	20
2. Entstehungs- / Gründungszeitpunkt	22
3. Anzeige- / Eintragungserfordernis	27
4. Marktanalyse und Branchendialog	30
B. Gegenstand des Kommunalunternehmens	32
1. Wirtschaftliches / nichtwirtschaftliches Tätigwerden	32
2. Geschäftsgebiet	34
2.1 Örtlichkeitsprinzip	34
2.2 Geschäftsgebiet über die Gemeindegrenzen hinaus	36
2.3 Ermächtigung zu grenzüberschreitendem Tätigwerden	41
3. Besondere Befugnisse	42

3.1 Anschluss- / Benutzungszwang	42
3.2 Satzungsgewalt	43
3.3 Verwaltungsvollstreckung	45
3.4 Erhebung von Konzessionsabgaben	45
C. Träger / Beteiligte einer Anstalt öffentlichen Rechts	50
1. Öffentlich-rechtliche Anstaltsträger	50
1.1 Trägerschaft einer kommunalen Anstalt öffentlichen Rechts	50
1.2 Trägerschaft mehrerer öffentlich-rechtlicher Rechtsträger	53
2. Beteiligung / Trägerschaft von natürlichen oder juristischen Personen des Privatrechts (Private)	63
2.1 Einbeziehung von Privaten in die Organisationsstrukturen der Anstalt öffentlichen Rechts gem. § 114a GO NRW	63
2.2 Formen der Beteiligung Privater	67
2.2.1 Beteiligung eines Privaten am Stammkapital einer Anstalt öffentlichen Rechts nach Art eines stillen Gesellschafters	69
2.2.2 Beteiligung eines Privaten am Stammkapital und aktive Beteiligung an der »Betriebsführung« der Anstalt öffent- lichen Rechts	72
2.2.2.1 Privater Kapitalgeber als geborenes Mitglied im Vorstand	73
2.2.2.2 Privater Kapitalgeber als geborenes Mitglied im Verwaltungsrat	82
2.2.3 Privater als alleiniger Träger einer Anstalt öffentlichen Rechts	85
D. Verbundmodelle	90
1. Beteiligung des Kommunalunternehmens an privatrechtlichen Unternehmen	90
2. Beteiligung des Kommunalunternehmens an öffentlich-rechtlichen Zusammenschlüssen	93
2.1 Anstalt öffentlichen Rechts als Mitglied eines Zweckverbandes / einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft	93
2.1.1 Befugnis zur Mitgliedschaft in einem Zweckverband / einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft	93
2.1.2 Anstalt öffentlichen Rechts als Gründungsmitglied eines Zweckverbandes / einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft	96
2.1.3 Zusammenschluss mehrerer Kommunalunternehmen in einem Zweckverband	99

2.2 Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen kommunaler Anstalten öffentlichen Rechts	102
2.3 Andere öffentlich-rechtliche Kooperationsformen	104
3. Einbindung des Kommunalunternehmens in eine Holdingstruktur ..	105
4. Marktanalyseverfahren bei Beteiligungsentscheidungen des Kommunalunternehmens	106
E. Innere Ordnung des Kommunalunternehmens	111
1. Organe des Kommunalunternehmens	111
1.1 Vorstand	111
1.1.1 Aufgabe	111
1.1.2 Bestellung und Zusammensetzung	111
1.1.3 Stellung im Kommunalunternehmen	113
1.2 Verwaltungsrat	116
1.2.1 Aufgaben	116
1.2.2 Bestellung und Zusammensetzung	118
1.2.3 Weisungsbindung der vom Rat gewählten Verwaltungsrats- mitglieder	120
1.2.4 Vorsitz	123
1.2.5 Sitzungen des Verwaltungsrates	127
1.2.5.1 Öffentlich / nicht öffentlich	127
1.2.5.2 Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsrates	130
1.2.5.3 Stellvertretung im Verwaltungsrat	134
1.2.5.4 Sitzungsgeld	135
1.3 Weitere Organe	140
2. Stellung des Personals	141
2.1 Arbeiter / Angestellte	141
2.2 Beamte	142
2.2.1 Dienstherrnfähigkeit	142
2.2.2 Dienstverhältnis	143
2.2.3 Beamtenrechtliches Organisationsrecht	144
2.3 Arbeitnehmermitbestimmung im Kommunalunternehmen	149
2.3.1 Arbeitnehmermitbestimmung im betrieblichen Ablauf (personelle Mitbestimmung)	149
2.3.2 Arbeitnehmermitbestimmung in den Gremien (direktive Mitbestimmung)	150
3. Personalüberleitung in der Gründungsphase	165

3.1 Beamte	165
3.1.1 Kommunalunternehmen mit Dienstherrenfähigkeit	165
3.1.2 Kommunalunternehmen ohne Dienstherrenfähigkeit	166
3.2 Arbeiter und Angestellte	173
3.2.1 Personalübergang bei Gründung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	173
3.2.2 Personalübergang bei Gründung im Wege der Einzelrechtsnachfolge	174
3.2.3 Personalübergang bei den übrigen Errichtungsformen	176
3.2.4 Unterrichtungspflicht und Widerspruchsrecht	176
3.2.5 Fortgeltung kollektivrechtlicher Regelungen	179
3.2.5.1 Fortgeltung bei Unternehmensgründung im Wege der Einzelrechtsnachfolge	179
3.2.5.2 Fortgeltung bei Unternehmensgründung im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	181
3.2.6 Kollektivrecht bei Neuerrichtung eines Kommunalunternehmens bzw. Neueinstellung von Beschäftigten	183
4. Landesgleichstellungsgesetz	185
F. Rechtsbeziehungen zur Trägerkommune	186
1. Anstaltslast und Gewährträgerhaftung	186
1.1 Voraussetzungen einer Beihilfe nach Art. 87 Abs. 1 EG-Vertrag	189
1.1.1 Staatliche Begünstigung	189
1.1.2 Wettbewerbsbeeinträchtigung	191
1.1.3 Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	192
1.2 Vertragswidrigkeit der Beihilfe	194
1.2.1 Ausnahmetatbestände	194
1.2.2 Rechtfertigung über Art. 86 Abs. 2 EG-Vertrag	195
1.2.2.1 Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	195
1.2.2.2 Betrauungsakt	201
1.2.2.3 Rechtliche oder tatsächliche Verhinderung	202
1.2.2.4 Kein Interessenwiderspruch	203
2. Gründungs-, Änderungs- und Auflösungskompetenz	216
3. Gemeindliche Kontrolle über Einwirkungs- und Weisungsrechte	217
3.1 Einwirkungs- und Weisungsrechte gegenüber dem Vorstand	219

3.2	Einwirkungs- und Weisungsrechte gegenüber dem Verwaltungsrat	220
3.3	Einwirkungs- und Weisungsrechte gegenüber einzelnen vom Rat gewählten Mitgliedern des Verwaltungsrates und gegenüber dem Vorsitzenden	223
4.	Informations- und Berichtspflichten	224
G.	Wirtschaftsführung	227
1.	Allgemeine Grundsätze	227
1.1	Finanzausstattung	227
1.2	Laufende Finanzierung	227
1.3	Gewinn- und Verlustbehandlung	228
1.4	Leistungen im Verhältnis zwischen Kommunalunternehmen und Gemeinde	228
1.5	Buchführung und Kostenrechnung	229
2.	Wirtschaftsplan	229
3.	Rechnungslegung und Prüfung	230
H.	Steuerliche Rahmenbedingungen	232
1.	Steuern bei Gründung eines Kommunalunternehmens (Grund-erwerbssteuer)	232
2.	Laufende Besteuerung	234
2.1	Hoheitliche Betätigung des Kommunalunternehmens	235
2.2	Kommunalunternehmen als Betrieb gewerblicher Art	235
I.	Vergaberecht	239
1.	Auftragsvergaben durch die Anstalt öffentlichen Rechts	239
1.1	Auftragsvergaben unterhalb der Schwellenwerte	240
1.2	Auftragsvergaben oberhalb der Schwellenwerte	245
1.2.1	Juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts ..	246
1.2.2	Erfüllung im Allgemeininteresse liegender Aufgaben	246
1.2.3	Nichtgewerblicher Art	247
1.2.4	Kontrolle durch eine Stelle gem. § 98 Nr. 1 oder 3 GWB	249
2.	Anstalt öffentlichen Rechts als Bieterin im Vergabeverfahren	251
2.1	Anstalt öffentlichen Rechts als Bieterin bei Vergaben der Trägerkommune	252
2.1.1	Kontrolle, wie über eine eigene Dienststelle	254

2.1.2 Überwiegende Tätigkeit für den Anstaltsträger	258
2.2 Anstalt öffentlichen Rechts als Bieterin bei Vergaben anderer Auftraggeber	260
2.2.1 Freihändige / vergaberechtsfreie Beauftragung des Kommunalunternehmens	261
2.2.2 Anstalt öffentlichen Rechts als Bieterin bei ausschreibepflichtigen Auftragsvergaben	262
2.2.2.1 Vereinbarkeit mit europäischem Vergaberecht	263
2.2.2.2 Vereinbarkeit mit deutschem Vergaberecht	271
2.2.2.3 Kollision europarechtlicher und nationaler Bestimmungen	284
J. Aufsicht	289
K. Auflösung des Kommunalunternehmens	290
Teil 3: Zusammenfassung der Ergebnisse	291
Teil 4: Bewertung der neuen Organisationsform und Ausblick	304
A. Bewertung	304
B. Ausblick	316
Literaturverzeichnis	318